

Epkenhans · Zimmermann
Die Wehrmacht – Krieg und Verbrechen

Kriege der Moderne

Herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Michael Epkenhans
John Zimmermann

Die Wehrmacht – Krieg und Verbrechen

Reclam

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr,
Fachbereich Publikationen (0876-01)

2019 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Umschlagabbildung: Jüdische Zwangsarbeiter in der am Dnepr gelegenen
Stadt Mogilew (Mahiljou). Aufnahme des PK-Fotografen Rudolf Kessler.

Bundesarchiv Bild 101I-138-1083-26.

Druck und Bindung: Firmengruppe APPL, aprinta druck GmbH,

Senefelderstraße 3-11, 86650 Wemding

Printed in Germany 2019

RECLAM ist eine eingetragene Marke der

Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-011238-0

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de

Inhalt

- 1 »Nicht mehr lebenswert« – Die Wehrmacht vor Leningrad 7
- 2 NS-Ideologie und Wehrmacht 15
 - Affinität und Akzeptanz im deutschen Militär 20
 - Die Rolle der Wehrmacht im »Dritten Reich« 22
 - Die Wehrmacht und der Weg in den Krieg 33
- 3 Der Zweite Weltkrieg im Überblick 33
 - Der Überfall auf Polen – Der »Fall Weiß« 33
 - »Weserübung« – Die Besetzung Dänemarks und Norwegens 1940 34
 - »Fall Gelb« und »Fall Rot« – Der Krieg im Westen 35
 - Der Krieg in Nordafrika und auf dem Balkan 38
 - Der Überfall auf die Sowjetunion 40
 - Rückzüge und Niederlagen 41
 - Der Krieg zur See und in der Luft 45
 - Das Kriegsende 47
- 4 Vernichtungskrieg im Osten 49
 - Die Verrechtlichung des Unrechts – Die »Verbrecherischen Befehle« 54
 - Das Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen 59
 - Deutsche Besatzungsherrschaft 61
 - Zwangsarbeit 74
 - Partisanenkrieg 79
 - Massaker an der Zivilbevölkerung 85
- 5 Ohne Front kein Morden hinter der Front – Systematische Vernichtung 93
 - Die Vernichtungslager 93
 - Beseitigung der Spuren und Todesmärsche 100
- 6 Der Krieg an den anderen Fronten 105
 - Kriegführung, Besatzung und Verbrechen 105
 - Kriegführung und Verbrechen 107
 - Plünderung und Ausbeutung 110
 - »Kampf gegen Partisanen« 112
 - Mittäterschaft beim Holocaust 114

| | | |
|---|--|-----|
| 7 | Kriegsende und Legendenbildung | 115 |
| | Vernichtungsstrategien im Untergang | 115 |
| | Die Wehrmacht auf der Anklagebank | 118 |
| | Legendenbildung | 125 |
| | Täter, Partner, Verbündete – Die Deutschen im Kalten Krieg | 126 |
| 8 | Vom Wandel des Geschichtsbildes | 131 |
| | »Erschriebene Siege« | 132 |
| | Der Beginn der wissenschaftlichen Aufarbeitung | 135 |
| | Fragen an die Geschichte | 136 |
| | Tradition – welche Tradition? | 140 |
| 9 | Fazit – Zur Verantwortlichkeit der Wehrmacht | 143 |
| | Nachwort | 147 |

Anhang

| | |
|--------------------|-----|
| Zeittafel | 151 |
| Literaturhinweise | 155 |
| Abbildungsnachweis | 157 |
| Personenregister | 158 |

➔ **Fast 900 Tage war Leningrad, heute Sankt Petersburg, von der Außenwelt abgeschnitten. Die Abriegelung der Stadt war eines der größten Kriegsverbrechen der Wehrmacht.**



1 »Nicht mehr lebenswert« – Die Wehrmacht vor Leningrad

Am zweiten Weihnachtsfeiertag 1941 stimmte der Oberbefehlshaber der 18. Armee, Generaloberst Georg von Küchler, dem Antrag des XXVIII. Armeekorps zu: 230–240 psychisch, an Syphilis oder Epilepsie erkrankte Frauen aus einer Anstalt in dem ehemaligen Kloster Makarevskaja Pustin sollten durch ein Einsatzkommando des Sicherheitsdienstes (SD) ermordet werden. Die Patientinnen seien »auch im Sinne deutscher Auffassung Objekte nicht mehr lebenswerten Lebens«, urteilte das Armeekorps. Auch wegen der Seuchengefahr sei ihre Ermordung unvermeidlich. Das, was danach geschah, war kein Einzelfall. Bereits in den Wochen zuvor hatte der Oberquartiermeister des Armeeeoberkommandos »die Übergabe« der Insassen einer anderen Anstalt in Nikolskoe befohlen, da die »Ernährung der 1200 Irren« nicht mehr möglich sei. Wenig später überzeugte sich Küchler persönlich vom »Erfolg« der Maßnahme: 850–900 Patienten der Anstalt waren mit Giftinjektionen getötet und in einem Panzergraben verscharrt worden.

Dieser Fall ist nur ein Beispiel für Verbrechen durch die Wehrmacht oder deren Beteiligung an diesen seit Beginn des Krieges. Dieses Mal ermordete der SD auf ihren Befehl im Winter 1941/42 an der Front vor Leningrad Hunderte Insassen von Anstalten. Nützlichkeitsabwägungen und NS-Ideologie verbanden sich dabei zu einem tödlichen Gemisch. Für die Verantwortlichen waren die Kranken unnütze Esser, ihre Unterkünfte wurden dringend für die frierende und durchnässte Truppe benötigt. Zugleich, und darin wird der ideologische Charakter der Entscheidung deutlich, waren sie aus NS-Sicht »unwertes Leben«.

Wie unter einem Brennglas tritt in diesem Fall der scharfe Bruch zwischen vorangegangenen Kriegen und dem »Weltanschauungskrieg« zutage, zu dem die Wehrmacht angetreten war. Die Versorgung und Schonung der Zivilbevölkerung, die ja unter den Folgen eines Krieges litt, gehörte selbst nach den Vorschriften der Wehrmacht zu ihren Aufgaben. Diese Verpflichtung ignorierte sie vor allem in Osteuropa jedoch skrupellos: Sonderbefehle hatten von Anfang an dafür gesorgt, dass das bisherige Kriegsrecht im Osten nicht galt. Der *Kommissarbefehl* sah die gezielte Ermordung der Polit-Kommissare der Roten Armee vor; der *Kriegsgerichtsbarkeitserlass* gab den Soldaten einen Freibrief bei der Behandlung der Bewohner des Landes, das sie erobern sollten.

Bedeutete dies aber, dass die Wehrmacht mit ihren 18 Millionen Soldaten damit nichts anderes war als ein »marschierendes Schlachthaus« (Michael Naumann)? Die grausamen Fakten legen dies nahe: Deutsche Truppen schlossen Leningrad bereits am 8. September 1941 ein und belagerten die Stadt bis zu ihrer Befreiung durch die Rote Armee am 27. Januar 1944. Luftwaffe und Artillerie zerstörten mit ihren Bombardements große Teile Leningrads – Pläne, die Stadt zu erobern, gab die Wehrmacht im Laufe des Jahres 1942 jedoch auf und beschränkte sich auf die Abwehr der sowjetischen Versuche, die Stadt zu befreien. Die von jeglicher Versorgung abgeschnittenen Einwohnerinnen und Einwohner überließ die Wehrmacht ihrem Schicksal; die Folgen waren verheerend. Die hungernden Menschen begannen alles zu essen, was irgendwie organischen Ursprungs war: Nachdem die letzten Lebensmittel bereits Ende September 1941 verbraucht waren, wurden zunächst Tiere bis hin zu Krähen und Ratten, hernach Klebstoffe, Tapetenkleister und Schmierfette zur Nahrung; selbst Fälle von Kannibalismus sind belegt. Geringe Lebensmittelmengen konnten Einheimische und sowje-



Einwohner der belagerten Stadt bringen ihre Toten zum Wolkowo-Friedhof, 1942.
Die Stadt an der Newa hatte bei Kriegsbeginn drei Millionen Einwohner. Etwa 1,4 Millionen Menschen konnten evakuiert werden, zwischen 600 000 und 1 Million starben.

tische Truppen unter erheblicher Lebensgefahr freilich über den bald zugefrorenen Ladogasee in die Stadt bringen. Im Winter wurde diese Verbindung über das Eis zur »Straße des Lebens«; bis zur Befreiung der Stadt im Januar 1943 blieb sie die einzige Verbindung zur Außenwelt. Dann konnten sowjetische Truppen unter horrenden Personalverlusten wenigstens einen schmalen Landkorridor errichten, der allerdings innerhalb der Reichweite der deutschen Artillerie lag. Rund um die Belagerung der Stadt verloren inklusive der Kämpfer zwischen 1,6 und zwei Millionen Menschen ihr Leben, davon verhungerten in Leningrad zwischen 600 000 und einer Million Menschen oder erlagen Krankheiten.

Der Blick auf den »Mikrokosmos« vor Leningrad zeigt, dass es ungeachtet aller Schrecken und Verbrechen notwendig ist, zu differenzieren.



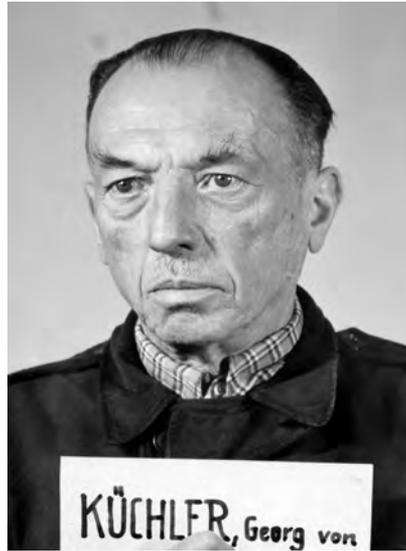
Ein ausgemergelter Einwohner Leningrads mit seiner Tagesration Brot, einem Gemisch aus Baumrinde, Kleie, Tannennadeln und etwas Mehl, 7. April 1942.

Auf der einen Seite standen jene, die gnadenlos Hitlers Befehl ausführen und Leningrad wie Moskau »dem Erdboden« gleichmachen wollten, »um zu verhindern, dass Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müssten«. Andere wollten die Stadt erobern und schmiedeten erste Pläne für die »Behandlung« der Bevölkerung. Wieder andere, darunter der Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Franz Halder, glaubten angesichts fehlender klarer Befehle Hitlers »an die Bereinigung Leningrads nur durch den Hunger, nicht durch Waffengewalt«. Letztlich lief es auch darauf hinaus, da ein Teil der Truppen abgezogen wurde, um vor Moskau eingesetzt zu werden.

Manche Befehlshaber, vor allem aber viele Landser zeigten durchaus Skrupel, auch was die Behandlung der Bevölkerung im eroberten Gebiet betraf. Anders sind die Weisungen, keine »missverständene Menschlichkeit« zu zeigen, oder Truppe und verhungerte Bevölkerung »durch das Ziehen eines großen Stacheldrahtzaunes« dauerhaft voneinander zu trennen, nicht zu erklären. Bei einer Frontbesichtigung befahl Kückler schließlich Ende November 1941: »An die Zivilbevölkerung dürfen unter keinen Umständen Lebensmittel abgegeben werden.



Franz Halder (1884–1972) leitete den Überfall auf die Sowjetunion. Nach Streitigkeiten über operative Planungen setzte Hitler 1942 ihn als Chef des Generalstabes des Heeres ab. Halder unterhielt Kontakte zur Widerstandsgruppe um Ludwig Beck. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Halder in das KZ Flossenbürg gebracht.



Georg von Küchler (1881–1968) leitete die Belagerung von Leningrad. Nach dem Krieg wurde er zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, kam jedoch 1953 frei. Seine Mitverantwortung an den Verbrechen bestritt er stets.

Jeder Soldat muss sich darüber klar sein, dass letzten Endes diese Lebensmittel seinen Angehörigen in der Heimat entzogen werden.« Kritik selbst hochrangiger Generale an dieser Politik des gezielten Verhungernlassens, die durch die Wegnahme der »letzten Kühe der einzelnen Bauern« und der Winterbekleidung der Bevölkerung noch weiter gesteigert wurde, prallte an Küchler ab. Verhindern konnte er die vereinzelte heimliche Unterstützung der Hungernden durch seine Soldaten, ja sogar die Abgabe von Essen durch Feldküchen allerdings nicht. Menschlichkeit, aber auch die Angst, wie von der Armeeführung vorgesehen, doch auf hungernde Flüchtlinge aus Leningrad schießen zu müssen, dürften manche zu dieser Hilfe veranlasst haben. An der Tatsache,

dass sie als kleines Rädchen in einem großen Getriebe dieses Elend erst mit verursacht hatten, ändert dies freilich nichts.

Wie aber gingen die Verantwortlichen mit ihrer Verantwortung und ihren Verbrechen später um? Als Kückler in einem der Nachkriegsprozesse in Nürnberg auch für die Ermordung der Patientinnen von Makarevskaja Pustin angeklagt und schließlich verurteilt wurde, stritt er jegliche Verantwortung ab. Zu einem Eingeständnis der eigenen Schuld sah er genauso wenig Veranlassung wie viele andere auch. Dennoch wurde Kückler zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt, die er allerdings nur teilweise absitzen musste. Als er 1952 vorzeitig entlassen wurde, war bereits der Nährboden für die Legende von der »sauberen Wehrmacht« bereitet. Von den späteren Prozessen gegen die Angehörigen von SS, SD und Polizei, die teilweise mit direkter Unterstützung oder unter dem »Schirm« der Wehrmacht Millionen von Menschen ermordet hatten, blieben die verantwortlichen Generale, Offiziere und Mannschaften daher weitgehend verschont. Kaum jemand war an ihrer Schuld interessiert.

1987 sollte allerdings ein ehemaliger Offizier der Wehrmacht, der selbst zeitweise zu den Belagerern der Stadt gehört hatte, Bundespräsident Richard von Weizsäcker, bei einem vielbeachteten Besuch des Friedhofs, auf dem Hunderttausende der Opfer begraben sind, sich zu diesen Verbrechen bekennen. Nachdem er bei einer früheren Reise nach Leningrad sich sogar selbst als einen »der Hunnen« bezeichnet hatte, welche die Stadt belagert hatten, schrieb er ins Gedenkbuch des Friedhofs: »Ich bin heute hier, um alles in meinen Kräften stehende dazu beizutragen, dass künftigen Generationen erspart bleibt, was der Krieg an Gewalt, Not und Tod mit sich gebracht hat.«

Der Weg zu diesem Bekenntnis und dem Willen, Verantwortung durch Erinnerung zu übernehmen, war jedoch weit gewesen. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Beteiligung der Wehrmacht an den Verbrechen des NS-Regimes und ihre Verantwortung für den »Kulturbruch« in der deutschen Geschichte durch die historische Forschung, allen voran durch das Institut für Zeitgeschichte (1949) und das Militärgeschichtliche Forschungsamt (1957), hatte die Mehrheit der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Auch im Anschluss an den US-Film *Holocaust* ging es Anfang der 1980er Jahre in den öffentlichen Diskussionen in erster Linie um die Rolle der SS und der Gestapo, nicht



1987 legte Bundespräsident Richard von Weizsäcker auf dem Friedhof von Leningrad einen Kranz für die Opfer der Belagerung nieder.

aber um die Verantwortung der Wehrmacht für die Verbrechen des NS-Regimes.

Erst die »Wehrmachtsausstellung« des Hamburger Instituts für Sozialforschung Mitte der 1990er Jahre sollte dieses weitverbreitete Desinteresse überwinden. Trotz vieler Proteste ehemaliger Wehrmachtsoldaten gegen den Vorwurf, Kollektivtäter gewesen zu sein, besteht heute kein Zweifel mehr daran, dass die Wehrmacht als Organisation für viele Verbrechen des NS-Regimes mitverantwortlich war. Gleichwohl gilt es sorgfältig zu unterscheiden. Als Organisation war die Wehrmacht der »stählerne Garant« (Rolf-Dieter Müller) des Regimes. Ohne Wehrmacht kein Krieg, ohne Krieg keine Verbrechen, so könnte die einfache Formel lauten.

Doch was bedeutete dies konkret, beim Blick auf die 18 Millionen Angehörigen der Wehrmacht? Sie alle oder ihre große Mehrheit als Verbrecher zu bezeichnen, würde der historischen Wahrheit nicht gerecht werden. Allerdings lassen sich Tätergruppen bestimmen, die in unter-

schiedlicher Weise Verantwortung trugen: Dies waren zunächst jene führenden Offiziere, die nicht nur die Kriege des NS-Regimes aus tiefer Überzeugung mitgeplant und geführt hatten, sondern auch mit besonderen Befehlen wie dem *Kommissarbefehl* den Rahmen für massenhafte Verbrechen geschaffen hatten. Andere hatten vor Ort aus vielerlei Gründen Verbrechen befohlen und geduldet oder aus unterschiedlichsten Gründen selbst begangen. Tatorte waren vor allem der Osten, wo der NS-Ideologie zufolge der eigentliche Vernichtungskrieg stattfand, aber auch die übrigen besetzten Gebiete – von Norwegen über Frankreich bis nach Italien, Jugoslawien und Griechenland.

Die Bandbreite dessen, was unter Verbrechen zu verstehen ist, ist groß. Sie reicht von jenen Verbrechen, die von jeher Kriegsverbrechen waren, wie die Erschießung von Soldaten, die sich bereits ergeben hatten, oder der Ermordung unbeteiligter Zivilisten über willkürliche Hinrichtungen und Zerstörungen bei der Bekämpfung von Partisanen, die systematische Unterversorgung von sowjetischen Kriegsgefangenen und die gnadenlose Ausbeutung der besetzten Gebiete bis hin zur Unterstützung der rassistischen Mordpolitik von SS, SD und Polizei. Front- und Besatzungstruppen waren an diesen Verbrechen in unterschiedlicher Weise und unterschiedlichem Umfang beteiligt; Form und Ausmaß variieren auch in den verschiedenen Kriegsgebieten. Der kollektive Schuldvorwurf – Hannes Heer, einer der Initiatoren der Wehrmachttausstellung, sprach von 80 Prozent aller Wehrmachtangehörigen – geht, wie die Forschung inzwischen gezeigt hat, sicherlich fehl. Aber selbst wenn sich nur die fünf Prozent schuldig gemacht hätten, von denen Rolf-Dieter Müller ausgeht, so beläuft sich die Zahl der Täter in der Wehrmacht doch auf 900 000 Soldaten. Dies ist keine zu vernachlässigende Größe; sie entspricht fast der doppelten Sollstärke der Bundeswehr vor 1990.

➤ **Militärparade zu Hitlers 50. Geburtstag in Berlin, an dem Tausende dem »Führer« ihre Treue bekundeten. Mit derartigen Inszenierungen verstand es das NS-Regime, Massen zu begeistern.**



2 NS-Ideologie und Wehrmacht

Der Kulturbruch in der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945, für den auch die Wehrmacht Verantwortung trägt, ist nur verständlich, wenn dessen ideologische Grundlagen berücksichtigt werden. Anders als viele Kriege in den Jahrhunderten zuvor war der Zweite Weltkrieg kein ›klassischer‹ Krieg um Macht und Einfluss, Territorien, strategische Positionen oder Rohstoffe und Absatzmärkte. Darum ging es zwar auch, aber die eigentliche Triebfeder dieses Vernichtungskriegs war eine Weltanschauung, deren zentrale Elemente ein radikaler, universeller Antisemitismus und eine Aufteilung der Welt in »Räume« waren. Adolf Hitler, anfangs »Führer« einer kleinen Münchener Splitterpartei, hatte diese Ideologie seit der Mitte der 1920er Jahre »zusammengezimmert« (Hans-Ulrich Thamer). Völkisch-antisemitische, rassenbiologische und sozialdarwinistische, nationalistische wie auch imperialistische, antidemokratische und antimarxistische Vorstellungen hatte Hitler dabei

vermischt. Für Millionen Menschen sollte die politische Umsetzung dieser Ideologie den Tod bedeuten.

Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert hatten Geopolitiker, Volkstumsideologen und Antisemiten ihre abstrusen Ideen von der Notwendigkeit von »Lebensraum« und »Weltherrschaft«, »Rassenreinheit« und »Kampf ums Dasein« propagiert. Nur ein Staat, der über ausreichend »Lebensraum« für sein ethnisch homogenes »Volk« verfüge, sei auf Dauer »lebensfähig«. Diese Vorstellungen waren untrennbar verknüpft mit der Idee von einer Hierarchie der Staaten, Völker und Rassen. Dazu gehörte auch die Vorstellung, dass Staaten nur dann »stark« seien, wenn kein innerer »Zwist« sie spalte. Antiparlamentarismus und antidemokratisches Denken waren insofern ebenfalls integrale Bestandteile dieser Vorstellungen.

Zunächst eher unterschwellig, zunehmend jedoch offener spielte seit den 1880er Jahren auch Antisemitismus eine wichtige Rolle, der teilweise auf alten antijüdischen Ressentiments beruhte, sich jedoch zu einer pseudowissenschaftlich untermauerten Rassenlehre verdichtet hatte. Die Schriften führender nationalistischer Organisationen wie des 1891 gegründeten Alldeutschen Verbands hatten die Vorstellungen von einem starken, autoritären Staat, die Ausgrenzung und Entrechtung der Juden sowie die Gewinnung von »Lebensraum« im Osten durch die »Ausweisung« der dortigen Bevölkerung bei den »Völkischen« populärisiert. Dennoch handelte es sich dabei damals noch um Splittergruppen, deren Vorstellungen politisch und gesellschaftlich keine Mehrheit fanden. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die folgende Revolution 1918/19, der als Schmach empfundene »Diktatfrieden« von Versailles sowie der Sieg der Bolschewisten im Russischen Bürgerkrieg (1917–1922), den viele auch schon vor Hitlers Aufstieg für eine jüdische Weltverschwörung hielten, verliehen diesen Vorstellungen neuen Schub. Die Ikonographie zahlreicher Wahlplakate aus der Revolutionszeit und vieler Bilder vom »Dolchstoß« spiegelt dieses Denken.

Hitler knüpfte daran an, radikalisierte diese Ideen jedoch. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg, behauptete er in *Mein Kampf*, sei das Resultat einer Verschwörung. Fahrlässig habe Kaiser Wilhelm II. den »Führern des Marxismus die Hand zur Versöhnung gereicht, ohne zu ahnen, dass Schurken keine Ehre besäßen. Während sie die kaiserliche Hand noch in der ihren hielten, suche die andere schon nach dem Dolch.



Organisationen wie der Alldeutsche Verband machten seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Vorstellungen von einem autoritären Staat stark, der Minderheiten entrechtet, ausgrenzt und nach neuem »Lebensraum« strebt. Postkarte von 1914.

Mit dem Juden gebe es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder-Oder. Ich aber beschloss, Politiker zu werden«, heißt es in den entscheidenden Passagen.

Ein zentrales Ziel der NS-Ideologie war der unerbittliche Kampf gegen die Juden. Sie waren in Hitlers Augen für all das verantwortlich, was er und mit ihm viele andere als tiefe Schmach empfanden: die Niederlage im Weltkrieg und den Verlust des Großmachtstatus, die Revolution, den Bürgerkrieg und die Weimarer Verfassung. Hinter allem sah er den vermeintlichen Plan des Judentums, Deutschland im Interesse der »jüdischen Weltheroberungstendenz« zu bolschewisieren und damit den mit der Revolution 1917 in Russland begonnenen Weg zur »jüdischen Weltherrschaft« fortzusetzen. Damit begründete er seinen unbedingten Willen, jenem »arischen Herrenvolk« zum Sieg zu verhelfen, das, bei »Pflege seiner besten rassischen Elemente«, als einziges Volk zu Recht berufen sei, »eines Tages zum Herrn der Erde« zu werden. Dazu

brauche es aber, das sei auch eine der »Lehren« aus dem verlorenen Weltkrieg, neuen »Lebensraum«: Die nationalsozialistische Bewegung müsse, mahnte Hitler in eindringlichen Worten,

ohne Rücksicht auf »Traditionen« und Vorurteile, den Mut finden, unser Volk und seine Kraft zu sammeln zum Vormarsch auf jener Straße, die aus der heutigen Beengtheit des Lebensraumes dieses Volk hinausführt zu neuem Grund und Boden und damit auch für immer von der Gefahr befreit, auf dieser Erde zu vergehen oder als Sklavenvolk die Dienste anderer besorgen zu müssen.

Diese kruden Gedanken finden sich nicht nur in den 1925/27 veröffentlichten beiden Bänden von *Mein Kampf*. Auch in seinen öffentlichen oder geheimen Reden sowie zahllosen Denkschriften hat Hitler aus seinen Absichten nie einen Hehl gemacht. So heißt es 1936 in der Einleitung zu seiner Denkschrift *Über die Aufgaben eines Vierjahresplans*, die Wirtschaft und Wehrmacht auf einen baldigen Krieg vorbereiten sollte:



Hitlers Buch *Mein Kampf* ist eine politisch-ideologische Programmschrift. Es gehört zur völkisch-nationalistischen Literatur. Anders als oft behauptet, wurde das Buch, das in fast jedem Haushalt des nationalsozialistischen Deutschlands zu finden war, durchaus gelesen.

Politik ist die Führung und der Ablauf des geschichtlichen Lebenskampfes der Völker. Das Ziel dieser Kämpfe ist die Behauptung des Daseins. Auch die idealistischen Weltanschauungskämpfe besitzen ihre letzten Ursachen und erhalten ihre tiefsten Antriebe aus volklich [sic!] gegebenen Lebenszwecken und Zielen. [...] Kein Staat wird sich dieser geschichtlichen Auseinandersetzung entziehen oder auch nur fernhalten können. *Seit sich der Marxismus durch seinen Sieg in Russland eines der größten Reiche der Welt als Ausgangsbasis für seine weiteren Operationen geschaffen hat, ist diese Frage zu einer bedrohlichen geworden. Einer in sich selbst weltanschaulich zerrissenen Welt tritt ein geschlossener autoritärer weltanschaulich fundierter Angriffswille gegenüber.* [...] Deutschland [besitzt] die Pflicht, seine eigene Existenz dieser Katastrophe gegenüber mit allen Mitteln zu sichern und sich vor ihr zu schützen [...]. *Denn ein Sieg des Bolschewismus über Deutschland würde nicht zu einem Versailler Vertrag führen, sondern zu einer endgültigen Vernichtung, ja Ausrottung des deutschen Volkes.*

Und als Hitler Ende Mai 1939 vor führenden Militärs den baldigen Angriff auf Polen begründete, erklärte er:

Der Lebensraum, der staatl[ichen] Größe angemessen, ist die Grundlage für jede Macht. Eine Zeit lang kann man Verzicht leisten, dann aber kommt die Lösung der Probleme, so oder so. Es bleibt die Wahl zwischen Aufstieg oder Abstieg. [...] Nationalpolitische Einigung der Deutschen ist erfolgt außer kleinen Ausnahmen. Weitere Erfolge können ohne Bluteinsatz nicht mehr errungen werden.

Wie aber stand die Wehrmacht zu dieser existenziellen Auseinandersetzung um »Aufstieg oder Abstieg«, »Lebensraum«, »Kampf der Rassen« und letztlich »Vernichtung«, Antiparlamentarismus und Diktatur statt Demokratie?

Affinität und Akzeptanz im deutschen Militär

Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 durch den greisen Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten Paul von Hindenburg hielten nur wenige Offiziere der Reichswehr für einen Fehler. Der Chef der Heeresleitung, General Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, gehörte dazu, verhielt sich aber passiv und schied bereits 1934 freiwillig aus. Die mittlere und ältere Generation der Reichswehr, die politisch, militärisch und gesellschaftlich im Kaiserreich sozialisiert worden war, empfand das Auftreten der NSDAP und ihrer braunen Kolonnen zwar als vulgär, stand dem Kanzlerwechsel aber weitgehend abwartend, neutral, in Teilen auch mit verhaltener Sympathie gegenüber. »Verklavung durch den Versailler Vertrag, Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien, ständig wechselnde Regierungen, Wirtschaftskrisen, infolgedessen Zunahme des Kommunismus hatten uns mürbe gemacht für die Versprechungen des National-Socialismus«, bekannte rückblickend der spätere Generalfeldmarschall Maximilian Freiherr von Weichs, keineswegs ein ideologischer Scharfmacher. Überzeugte



Am 21. März 1933 wurde der erste Reichstag nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten eröffnet. Der »Tag von Potsdam« gilt als symbolischer Schulterschluss der alten Eliten des Kaiserreichs mit den Nationalsozialisten.

Nationalsozialisten wie den späteren General Eduard Dietl gab es zwar nur wenige, aber je jünger die Offiziere waren, umso größer war die Zustimmung zum Nationalsozialismus.

Die zahlreichen Gemeinsamkeiten zwischen vielen Militärs und den Nationalsozialisten in der Innen-, Außen- und Militärpolitik sorgten dafür, dass Erstere der Republik keine Träne nachweinten. »Autoritärer Staat«, »Großmachtstatus« und »Wiederherstellung der besonderen Rolle des Militärs in Staat und Gesellschaft bei gleichzeitiger personeller und materieller Aufrüstung« lauteten die Stichworte. Mit dem neuen Regime verknüpft waren zudem Hoffnungen auf schnellere Karrieren nach der als lähmend empfundenen Zeit des 100 000-Mann-Heeres: Die Militärs versprachen sich Beförderungen, öffentliche Anerkennung und einen Modernisierungsschub bei der Ausrüstung – mit echten Panzern statt Holzmodellen, ferner U-Booten und Flugzeugen.

Hitler bediente diese Erwartungen: Bereits in seiner ersten Regierungserklärung am 30. Januar 1933 sprach er von seiner »Liebe zu unserem Heer als Träger unserer Waffen und Symbol unserer großen Vergangenheit«. Am »Tag von Potsdam«, am 21. März, verschmolzen, so zumindest der äußere Eindruck, das alte Preußen und die NS-Bewegung öffentlichkeitswirksam am Grabe Friedrichs des Großen zu einer symbiotischen Einheit. Wenige Wochen zuvor, am 3. Februar, hatte Hitler der Reichswehrführung bereits intern sein Programm erklärt: Er wolle der »Armee zur Seite« stehen sowie »mit der Armee und für die Armee« arbeiten. Aber auch seinen Willen zum Krieg – nach innen wie nach außen – hatte er offen erkennen lassen:

Ich setzte mir die Frist von 6–8 Jahren um den Marxismus vollständig auszurotten, zu vernichten. Dann wird das Heer fähig sein, eine aktive Außenpolitik zu führen, und das Ziel der Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes wird auch mit bewaffneter Hand erreicht werden.

Hitlers ausdrückliches Bekenntnis zur Rolle der Reichswehr als alleiniger Waffenträger war deren Führung angesichts der als bedrohlich empfundenen Konkurrenz der SA damals wichtiger als die außenpolitische Ziele des neuen Reichskanzlers; als gefährlich oder gar verwerflich empfand die Führung der Reichswehr diese aber genauso wenig wie

sein innenpolitisches Programm. Typisch für die Haltung vieler Offiziere ist der Briefwechsel von Oberstleutnant Gotthard Heinrici mit seinen Eltern in jenen Wochen. Heinrici hatte zwar an der Besprechung vom 3. Februar nicht teilgenommen, schätzte Hitlers Politik aber richtig ein. Vor allem aber stimmte er ihr zu. Voller Begeisterung schrieb er ungeachtet gelegentlicher Skepsis seinen Eltern über die »Zeitwende«: Er hoffe, »dass wir aus der marxistisch-jüdischen Schweinerei nun endlich herauskommen« und »Deutschland wieder zu einem nationalen Staat« werde. »Eins muss man lassen und kann es nicht genug betonen: Militärisch haben wir so ungeheuer viel von der neuen Regierung, sie unterstützt alle wehrpolitischen Belange in so hohem Maße, wie wir es nur wünschen können.« Weiter schrieb er: »Die kommenden Jahre werden sicher sehr aufregende und später schließlich kriegerische werden.«

Inwieweit die Offiziere der Reichswehr, die sich 1935 programmatisch in »Wehrmacht« umbenannte, die Ideologie des Regimes, so wie Hitler sie in *Mein Kampf* entwickelt und in seinen Reden nach 1933 auch vor Offizieren immer wieder verbreitet hatte, tatsächlich verstanden und gebilligt haben, ist fraglich. Unstrittig ist aber, dass viele Offiziere wesentliche Elemente dieser Ideologie – den Antibolschewismus, die Absage an Demokratie und Parlamentarismus, aber auch die Idee der »Volksgemeinschaft« – ebenso billigten wie zumindest in Teilen den Antisemitismus und das Streben nach Expansion bzw. mehr »Lebensraum«. Dass diese übereinstimmenden Interessen am Ende aus der Reichswehr eine »nationalsozialistische Wehrmacht« machen sollten, welche die »ewigen Werte unseres Volkstums von *Blut und Rasse*« verinnerlicht hatte, stand für NS-nahe Generale wie Walter von Reichenau, Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium seit 1933, außer Frage.

Die Rolle der Wehrmacht im »Dritten Reich«

Welche Rolle wollte und sollte die Reichswehr jedoch im NS-Staat spielen? In einem starken Staat, der sich auf eine Partei anstatt der verabscheuten Vielfalt miteinander konkurrierender Parteien stützte, konnte es aus Sicht der Armeeführung nur *eine* weitere Säule geben: die Reichswehr. Diesbezüglich nahm sie Hitler beim Wort, und dieser entsprach



Nach Hindenburgs Tod am 2. August 1934 vereinigte Hitler die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers. Die Reichswehr, ab 1935 Wehrmacht, leistete künftig einen Eid auf seine Person.

ihren Erwartungen mit einer beispiellosen Mordaktion an seinen eigenen SA-Truppen im Juni 1934, die anschließend als »Staatsnotwehr« gerechtfertigt wurde. Dass dabei auch zwei ehemalige Generale, der letzte Reichskanzler vor Hitler, General Kurt von Schleicher, und der Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium bis zur Machtübergabe an Hitler, Ferdinand von Bredow, von der SS ermordet wurden, nahmen sie schweigend zur Kenntnis. Reichswehrminister General Werner von Blomberg rechtfertigte diese Morde sogar mit dem Hinweis auf die angeblichen »landesverräterischen« Verbindungen der Generale.

Zum Dank für das Ausschalten der SA schworen alle Soldaten Hitler nur wenig später, nach dem Tode Hindenburgs, persönlich die Treue. Die Initiative dazu ging allein von der Reichswehrführung aus. Indem sie die Soldaten diesen Eid schwören ließ, brach sie symbolisch endgültig die Brücken zur Weimarer Republik ab, auf deren Verfassung – nicht deren Präsidenten – die Soldaten bisher vereidigt gewesen waren. Mit dem Eid auf Hitler als »Führer und Reichskanzler« knüpfte die Reichs-

Wehrführung zugleich ein besonderes Treueverhältnis zur Person des »Führers«, nicht aber zu seiner Partei. Darüber hinaus hob sie noch einmal öffentlich den »Pakt« hervor, den beide, Reichswehr und »Führer«, seit 1933 eingegangen waren.

Der Weg zur Mobilisierung von »Wehrkraft« und zur Aufrüstung war damit frei. Während die Wirtschaft die materiellen Grundlagen für eine starke Wehrmacht schuf, trug die Einführung der Wehrpflicht 1935 dazu bei, die personellen Grundlagen für ein modernes Millionenheer zu legen. Die Erfolge waren, ungeachtet aller Schwierigkeiten und Rückschläge, gewaltig.

Die Wehrmacht und der Weg in den Krieg

Seit Hitlers Besprechung mit der Führung der Reichswehr im Februar 1933 war klar, dass es über kurz oder lang wieder einen großen Krieg auf dem Kontinent geben würde. Dies ahnten auch viele, die zu jung für eine Teilnahme am Ersten Weltkrieg gewesen waren. Bereits die Reichswehr hatte sich dafür im Rahmen dessen, was politisch, technisch und finanziell möglich war, vorbereitet. Erinnerung sei an die »Schwarze Reichswehr« und verschiedene Aufrüstungspläne in den späten 1920er Jahren, geheime Truppenversuche mit neuen Waffen auf Übungsplätzen in der Sowjetunion sowie die vielfältigen Aktivitäten der Marine bei der Beschaffung verbotener Waffen.

Mit Hitlers Machtübernahme gewann die Aufrüstung jedoch eine völlig neue Dynamik, da jede Rücksicht auf mögliche innenpolitische Gegner entfiel. Dem Ausland gegenüber schien zunächst noch Vorsicht geboten, gleichwohl war nun mehr möglich als zuvor. Zum Erstaunen vieler Generale und Diplomaten erwies sich Hitlers Taktik als erfolgreich. Geschickt vermischte er riskante außenpolitische Entscheidungen (den Austritt aus dem Völkerbund 1933, die einseitige Erklärung der Wehrhoheit 1935 und den Einmarsch ins Rheinland 1936) mit immer neuen Friedensbekundungen oder demonstrativen Abkommen wie dem Nichtangriffspakt mit Polen 1934 oder dem deutsch-britischen Flottenvertrag von 1935. Offenkundig waren die Westmächte bereit, dem Verlangen des Reiches nach einer Revision des Versailler Vertrags zu entsprechen – weil sie den Wunsch zumindest in Teilen als legitim

ansahen oder weil sie aus innen- und außenpolitischen Gründen ihre Streitkräfte für einen Krieg ausreichend vorbereitet hatten.

Manche Politiker im Westen wie Winston S. Churchill, der wie eine Cassandra vor Hitler warnte, zu dieser Zeit aber wenig Einfluss besaß, mochten *ahnen*, dass Hitlers Politik auf einen Krieg auf dem Kontinent hinauslief. Die Führung der Wehrmacht aber *wusste* es.

Die Einführung der Wehrpflicht und die sich stetig beschleunigenden Programme zur Ausrüstung der verschiedenen Wehrmachtteile mit immer mehr neuen Waffen waren dafür nur zwei Beispiele. Weit- aus deutlichere Belege waren die Verabschiedung des Vierjahresplans 1936 sowie Hitlers Besprechung mit dem Reichskriegsminister Werner von Blomberg, den Befehlshabern von Heer, Luftwaffe und Marine, aber auch mit Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath im November 1937. Bereits der Vierjahresplan, der das Reich, koste es, was es wolle, wirtschaftlich autark machen sollte, stand unter der Devise, »die deutsche Armee [...] in vier Jahren einsatzfähig [...] die deutsche Wirtschaft [...] in vier Jahren kriegsfähig« zu machen. Ende 1937 sollte Hitler



1937 war in den Berliner Messehallen die Wanderausstellung »Gebt mir vier Jahre Zeit« zu sehen, in der die Errungenschaften und Erfolge Hitlers präsentiert wurden. Das Foto zeigt den Ausstellungsabschnitt zur Wehrmacht. Hauptziel der vom NS-Regime gelenkten Wirtschaftspolitik war die »Wehrhaftmachung«.